



weiskende Erzberger'sche Wahrheitsliebe. Er will heute die Ansicht der Abstempelung, nachdem ein ungeheurer Schaden angerichtet ist, nicht wahr haben. Aber was sagte derselbe Herr Erzberger in der Nationalversammlung am 18. August? Damals führte er aus:

Alle gegen den Luftausfuhr vorgeschrittenen Bedenken können und nicht davon abhalten, mit den härtesten Mitteln vorzugehen. Es ist ein finanzielles und politisches Gebot, den Besitz für die Steuern reiflos heranzuziehen. Eine Schädigung des Wirtschaftens wird nicht eintreten, wohl aber eine sehr zu begründende Steigerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Zwischenzettel werden nicht ausgegeben werden; wir wollen uns durch Kontingenterhaltung der neuen Noten helfen. Verschlechterungen durch Fälligung des Stempels sind so gut wie gänzlich ausgeschlossen, da der für den Zweck eigens konstruierte Stempel nach der Meinung von Fachleuten nicht nachgemacht werden kann, wenigstens nicht innerhalb zwei Monaten, die als Abstempelungszeit zunächst in Betracht kommen. Die Gesamtabstempelung wird sich über einen sehr langen Zeitraum, vermutlich über Jahre, erstrecken. Das deutet doch auf das Gegenteil von dem hin, was uns Herr Erzberger heute versichern läßt. In der vorstehenden Form ist die Rede auch von dem amtlichen "Reichsangeiger" wiedergegeben worden, und man darf annehmen, daß die Wiedergabe dort so erfolgte, daß die Unrichtigkeiten ausgeschlossen sind. Also Herr Erzberger wollte die Abstempelung aller Noten, und er nahm davon erst Abstand, als ein ungeheurer Millionenerschaden, unter dem das ganze deutsche Volk leiden muß, angerichtet war.

Überall, auch in Halle, kann man spüren, was uns die jüngste Erzberger-Weisheit kostete. Alle Artikel, die vom Ausland bezogen werden, sind im Preise sofort erheblich in die Höhe gegangen. Erfahrungsgemäß flattern dann auch sofort die Preise derjenigen Artikel in die Höhe, die im Inlande gewonnen oder hergestellt werden. Die nächste Folge sind neue Lohnforderungen und die Arbeitsunlust der industriellen Arbeiterschaft wird erneut angereizt. Heute läßt sich noch gar nicht berechnen, was uns eigentlich die jüngste Erzberger-Weisheit gekostet hat. Nur so viel wissen wir: Das ganze deutsche Volk muß darunter leiden, denn es ist traurige Tatsache, daß die Kaluta sich nicht wieder so schnell erholen wird, wie sie gesunken ist.

Inzwischen ist Herr Erzberger zu seiner Erholung in die Schweiz gefahren, und zwar nach St. Moritz, wo sich auch Herr Scheidemann befindet. Der Markkurs steigt wieder, wenn auch nur langsam, nachdem Erzberger's Dummheit wieder einigermaßen gutgemacht worden ist. Der große Finanzminister hat also mit dem ersten Profit von der Aufhebung seiner finanziellen Dummheit im schönen St. Moritz, wo ihn ein gültiges Beschild zum Heil und Segen unseres Vaterlandes recht lange aufhalten möge.

### Zur Vorgeschichte des Krieges.

Neues aus russischen Archiven.  
In der Pravda (Moskau) ist neuerdings des Vorkommens der auswärtigen Angelegenheiten seine Veröffentlichungen von diplomatischen Dokumenten aus dem Archiv des zaristischen Ministeriums des Auswärtigen fort: Unter den neuerdings veröffentlichten Dokumenten ist ein Brief des oben erwähnten Botschafters in Paris Jewolski, den die "Tägliche Weltklinge" veröffentlicht; in diesem Briefe vom 17./30. Januar 1913 heißt es:

"Aus meinen langen Gesprächen mit den Herren Boinard und Vidon habe ich folgende Schlüsse gezogen: Man ist hier enttäuscht, seine Verpflichtungen als Verbündete in Bezug auf uns in vollem Umfang zu erfüllen.  
Die französische Regierung gibt vollkommenen Bewußt und vollständig, daß das Endezeitliche gegenwärtigen Verhältnissen für sie die Notwendigkeit bedeuten könnte, an allgemeinen Krieges teilzunehmen.

Der Augenblick, in dem Frankreich das Schwert zu ziehen hat, ist durch die französisch-russische Konvention genau festgelegt, und in dieser Hinsicht liegt die französische Minister keinelei Zweifel. Unverkennbar aber muß die französische Regierung mit der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung rechnen (welche die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel bis zu einem gewissen Grade fremd zu sein und nur indirekt die Lebensinteressen Frankreichs berühren erscheinen), damit Frankreich zu jeder Zeit in vollem Umfang seine freundschaftliche und Verbündetenhilfe erweisen kann. Die französische Regierung bittet uns dringend, keine Sonderaktionen ohne vorherigen Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen. Nur unter dieser Bedingung kann die Regierung die französische öffentliche Meinung auf

die Notwendigkeit, am Kriege teilzunehmen, vorbereiten."

In einer Mitteilung, die Graf Bentendorff, der russische Botschafter in London, am 13./26. Juli 1914 an Bajanow richtet, heißt es:

Ein Grez hört nicht auf, uns zu wiederholen, daß seine nach Berlin gerichteten Erklärungen dort auf keinen Fall gefaßt, auf die Neutralität Englands im Falle eines Krieges zu rechnen.

Lithonowsky war in der Tat sehr verwirrt, aber das ist doch, wie ich ihm weis, daß es zum Kriege kommt. Ich bin gar nicht sicher, daß er die Worte Grez so verstanden hat, wie Grez es wünscht. Das wiederhole ich Grez daher täglich und in den verschiedensten Tonarten. Er versucht sich hinter die Fassade der Verhandlungen. Wir gelint es nicht, ihr vorwärts zu bringen.

Zum Glück ist Cambon nicht hier, er wird erst Dienstags morgen zurückkommen. Ich habe ihn gebeten, seine Rückkehr zu beschleunigen. Ich habe die Befürchtung, daß Grez seiner öffentlichen Meinung nicht ganz über ist und befürchtet, daß man ihn nicht unterstützen werde, wenn er zu früh hervortritt. Sie haben, glaube ich, Buchanan gesagt, daß die ganze englische Presse, die "Times" ausgenommen, nichts taugt. Das ist nicht ganz richtig. "Coenig-

Post" und andere Regierungsbücher gehen weiter. Die Kabinets- und Ministerialbeschlüsse sind gegen das Kabinets- und Ministerialbeschlüsse, um die ledigliche Frage der allgemeinen Teilnahme zu entscheiden. Es muß aber hinübergeführt werden, daß in diesem Jahre nicht ein Wert laut wird, das unsere Stellung labile oder gegen den Dreißigsten als solchen gerichtet wäre. Hieraus von da bis so kommt es nicht mehr. Ganz England ist vollständig von Wut im Hinblick gekommen und hängt kaum an zu erweichen. Seit gestern hängt es an, zu begreifen, daß der Krieg möglich ist, seit gestern beunruhigt es sich erst darüber.  
Daß auch England in den Krieg hineingezogen werden könnte, das kann die langsame englische Einbildungskraft noch nicht fassen.

Das ist alles sehr traurig, aber es ist so. Es ist klar, daß man im englischen Auswärtigen Amt weiter nicht, an anderen Stellen jedoch nicht. Es will mir nicht gelingen, Ihre Bitte abzumachen. Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß mir dies gelingen wird. Ihre Stellung ist prächtig. Die Zurückhaltung in Ihren Ausdrücken und die Vorsicht, mit der Sie das Ziel Ihrer zutreffenden Forderungen vorzubereiten, sind zu bewundern. Es ist nicht unumgänglich notwendig für Sie, sich die englische Mitarbeiterschaft zu sichern. Wenn Sie auch nicht kommen wird, so wird sie doch unabweislich kommen. Ich will deshalb jedoch England ist noch nicht erreicht. Es ist leicht möglich, daß Grez darunter nicht weniger leidet als wir, das hilft uns jedoch wenig.

Es ist wahr, daß Österreich, wie man sagt, nicht auf einmal den Krieg beginnen wird. Vorläufig behält noch ein kleiner Postkurs zurück. Was die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erhebt mir dieselbe in dunklerer Höhe als allen übrigen. Und darauf eben füge ich mich hier, England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Österreichs auf der Balkanhalbinsel, wie

vor dem Vorrang Deutschlands auf der Welt.  
(In einem Briefe des Grafen Bentendorff an den Minister Salanow vom 20./2. Juni 1914 heißt der Satz: "Ich möchte nur sagen, daß es nach meiner Meinung unmöglich sein wird, zu erreichen, daß englische Transportschiffe in Friedenszeiten ins baltische Meer geschickt und unseren Booten zur Verfügung gestellt werden.")

Von besonders aufmerksamkeit wert ist auch ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg (siehe oben), veröffentlichtes Telegramm des Sir K. Buchanan vom 17. B. Baffour, Nr. 493 vom 27. März 1917; darin heißt es: "Der Gedanke der Verwandlung Nordpersiens in eine russische Provinz ist jetzt fallen gelassen."

Im Juni 1917 berichtet Sir E. Buchanan an Lord Cecil nach London, daß einer der Herren der englischen Botschaft in Petersburg mit dem Gehilfen des Ministers des Neuern, Keratow, ein Gespräch hatte: "Keratow erklärte, daß die Lage Rußlands das Beste gewinne, von irgendeiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens abgesehen."

### Wie kann Stenechinterziehung verhindert werden?

Gegen die der Notenumtausch wird vorausgesetzt auch das andere Erzberger'sche Projekt der Abstempelung der Wertpapiere fallen gelassen werden. Ein bestimmter Befehl der Regierung hierüber ist allerdings noch nicht aus. Dagegen hören die "L. N. N." von einem Plan, wonach die Einföhrung aller Kupons den Banken überwiesen werden soll, die ihrerseits die Identität jedes Einreichers zu prüfen und dem Steuerfiskus die Zahl zu erklären hätten. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Steuerfiskusämter zu bevollmächtigen, an den Geschäftsträgern zu stellen, die dieser unter abschließender Besichtigung zu beantworten hat. Auf diese Weise hofft man in die Verhütung des Steuerzahlers einen genaueren Einblick zu gewinnen.

Aus Zürich geht uns noch folgende Meldung zu: Infolge der deutschen amtlichen Regierungserklärung, daß eine Abstempelung der deutschen Aktien nicht erfolge, hat die deutsche Kaluta in der Schweiz eine sprunghafte Steigerung erfahren. Die Angebote deutscher Wertpapiere haben sich gestern wesentlich nachgelassen, die Nachfragen nach deutschen Aktien haben sich vermehrt. Der Aufstieg der deutschen Kaluta erfolgte in einigen Stunden von 24 auf über 30.

### Der Reichsarbeitsminister für Afford-Arbeit.

Der Reichsarbeitsminister Schäfer äußerte sich in einer Unterredung, einem Vertreter der "Nationalzeitung" gegenüber, über die Arbeitslosenfrage, wobei er betonte, daß er einen Arbeitszwang für die Arbeitslosen ablehne, dagegen für die Wieder-einstellung der Affordarbeit eintrete. Ohne Affordarbeit sei nach seiner Meinung keine Reaktivierung möglich. Was die Verwendung der Arbeitslosen bei dem Wiedereinstellung in Frankreich betrifft, so können die Arbeitslosen nur dann eingesetzt werden, sich über die eigenen Leistungen auf Arbeitsmärkten in dieser Hinsicht zu machen, denn vorläufig sprechen sich die französischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen eine Beteiligung deutscher Arbeitskräfte an dem Wiedereinstellung Frankreichs aus.

Demgegenüber verbreitet die Pariser "Gazette" Agentur eine Auslassung zur gleichen Frage, demzufolge für das französische Aufbaugesamt circa 600 000 bis 700 000 Arbeiter von Deutschland angefordert werden sollen, die sich auf mindestens sechs Jahre verpflichten müssen. Die Verhandlungen mit Deutschland müssen bis zum 1. Oktober durchgeführt werden.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet über denselben Gegenstand: Die Berliner Verhandlungen nehmen, wie wir aus dem Reichswirtschaftsministerium erfahren, einen allgemein befriedigenden Fortgang. Ein Teil der Presse beginnt bereits über die Verlogenheit zu ernennenden Reichskommissars Vermutungen anzustellen und Wünsche zu äußern. Demgegenüber erfahren wir, daß von den maßgebenden Stellen bereits seit Wochen Besprechungen mit verschiedenen in Frage kommenden Herren gepflogen werden. Es ist sicher, daß nur eine Verständigung in Betracht gezogen werden kann, die das Vertrauen der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht, die Zentralarbeitsgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, und daß diese Verständigung nur aus industriellen Kreisen gewollt werden wird, um eine Or-

ganisation zu gewährleisten, die dem deutschen Namen Ehre macht. Wenn ferner von einer Anzahl deutscher Blätter die Entscheidung deutscher Sachverständiger in das wiederanzubauende Gebiet gefordert wird, so wird die Pariser Agentur des Herrn Jorck ebenfalls behauptet, daß der Fünfterteil diesem Zwecke bereits fruchtbar habe, so ist das, wie wir hören, in dieser Form nicht zu treffen. Auf die dahingehende deutsche Mitteilung aus Paris die Antwort eingetroffen, in der gesagt wird, daß Deutschland das Recht, an der Feststellung der Schäden selbst teilzunehmen, nicht eingeräumt werden könne, daß man aber bereit sei, in Unterhandlungen hierüber einzutreten.

### England über Deutschlands Hungerelend.

Ans dem Haag meldet man der "Frankfurter Zeitung": Das englische Vernehmen über die Nahrungsmittelverhältnisse in Deutschland liegt vor. Der Bericht sagt über die Wirkung des Krieges auf die Gesundheit der Bevölkerung, daß gerade der Gehalt an Protein in der Nahrung von ausfallgebender Wichtigkeit sei und daß, während die englische Gesellschaft eine Mindestmenge von 70 Gramm täglich annimmt, die deutsche Nation zwischen 20-60 Gramm täglich konsumiert. Eine Gewichtsabnahme von 40 Prozent führe den Tod des Menschen herbei. In Deutschland seien aber zahlreiche Todesfälle schon bei 30 Prozent Gewichtsabnahme eingetreten, namentlich im Winter 1916/17. In Berlin, so heißt es weiter, waren die Todesfälle an Hungererkrankungen infolge der verminderten Nahrungsmittelverfügbarkeit häuflig. Dies hat zur Folge, daß die Todesfälle an Tuberkulose 2 1/2 mal zahlreicher waren als in Friedenszeiten. Berlin habe vor dem Kriege 1200 Millionen Liter Milch erhalten, während es jetzt nur 200 Millionen Liter erhält, eine durchaus ungenügende Menge. In Deutschland sei kein Mangel an Arbeitern zu bemerken, sondern nur Mangel an Arbeitsmöglichkeiten und Erhaltung. Auch bei den führenden Persönlichkeiten sei die Erschöpfung in die Augen springend.

Die Aussichten für die Periode 1919/20 werden in dem Bericht als sehr düster geschildert. Die Versorgung mit Brotgetreide habe sich um 580 000 Tonnen verringert, Zucker um 150 000 Tonnen, Fleisch um 660 000 Tonnen und Fett um 92 000 Tonnen. Schon im Mai 1919 sei trotz der Vergrößerung des Heeres der größte Teil des Vorrats erschöpft gewesen.

1920 werde die Lage noch viel schlimmer sein, wobei man in Betracht ziehen müsse, daß 800 000 Gefangene zurückkommen und ernährt werden müssen. Die deutsche Bevölkerung werde der gleichen juchstischen Lage gegenüberstehen wie 1916/17. Deutschland befindet sich also vor einer Katastrophe, die den

Hungererleid von Millionen nach sich ziehen werde, wenn man nicht für genügende Einfuhr von Nahrungsmitteln Sorge. Vor allem werde man Protein nötig haben, von dem 2 1/2 Millionen Tonnen eingeführt werden müssen. Das Weibschick kommt zu dem Ergebnis, daß keine andere Nation imstande gewesen wäre, ein so geringes Mittel, wie Deutschland, in den Krieg zu ziehen, wie Deutschland, und darum ist Deutschland während der letzten sechs Monate so furthest in Angriff und Verteilung gewesen. Nun sei es zusammengebrochen, aber seine soziale Maschine sei noch unberührt in seinen Fabriken und Aushangruben. Wenn Deutschland 5 Milliarden Pfund zahlen sollte, würden sich zwei Möglichkeiten ergeben, entweder Deutschland vollständig zu zerstören oder seine Geschäftslage wieder aufzurichten.

Bei der Zerstörung werde man nur einen kleinen Teil der Summe erhalten; wenn man aber Deutschland wieder aufrichte, ihm das nötige Kapital gebe, so erhalte die Entente die Kontrolle und Gewißheit Schadenersatz zu erhalten.

Das Betriebsrätegesetz vor dem Handstlag.  
Der sozialpolitische Ausschuss des Deutschen Industrie- und Handelsrates hat den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte eingehend Beratung. Das vorgeschlagene Mitbestimmungsrecht der Betr. Räte wurde in entscheidenden Punkten als zu weitgehend erachtet, insbesondere für die Einstellung der Arbeitnehmer überhaupt verworfen, für die Entlassung nur insofern zugestanden, als es zulässig sein soll, daß der entlassene Arbeiter sich beim Betriebsrat über unbillige Härte beschwert. Der Betriebsrat diese Beschwerde gegenüber dem Arbeitgeber vertritt und mangels einer Veränderung der Entlassungsgewährung die Entscheidung trifft. Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse soll sich auf die Festlegung von allgemeinen Grundsätzen beschränken. Eine Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten der Unternehmungen wurde abgelehnt. Die Aufsichtspflicht des Arbeitgebers soll nur in Ansehung der Arbeitsverhältnisse bestehen und nur insofern, als sie zur Erfüllung der dem Betriebsrat abgelehnter Aufgaben erforderlich ist und nicht Betriebsrat oder Geschäftsgemeinschaft durch sie geschädigt würden. Durch Verlängerung der Wahlperiode des Mitgliedes des Betriebsrats und des Betriebsratsmanns auf zwei Jahre, durch Änderung der Bestimmungen über das Ersitzen der Mitgliedschaft im Betriebsrat, über dessen Auflösung und Rücktritt sowie über die Zusammenlegung der Betriebsratsversammlung wünscht der Ausschuss der neuen Einrichtungen eine größere Stabilität zu verschaffen und sie von vorübergehenden Strömungen und Stimmungen in der Arbeiterschaft unabhängig zu machen, auch sie dem Einfluß der nichtwahlberechtigten Personen zu entziehen. Die Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht wurden auf 20 und 24 Jahre heraufgesetzt. Für die Ausstattung und Durchführung der Organisation wurde hinsichtlich einer Reihe von Einzelheiten über die Bestimmungen des Entwurfs hinaus ein Zustimmungsgesetz des Arbeitgebers gefordert.

### Deutsches Reich.

Das Betriebsrätegesetz vor dem Handstlag.

Der sozialpolitische Ausschuss des Deutschen Industrie- und Handelsrates hat den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte eingehend Beratung. Das vorgeschlagene Mitbestimmungsrecht der Betr. Räte wurde in entscheidenden Punkten als zu weitgehend erachtet, insbesondere für die Einstellung der Arbeitnehmer überhaupt verworfen, für die Entlassung nur insofern zugestanden, als es zulässig sein soll, daß der entlassene Arbeiter sich beim Betriebsrat über unbillige Härte beschwert. Der Betriebsrat diese Beschwerde gegenüber dem Arbeitgeber vertritt und mangels einer Veränderung der Entlassungsgewährung die Entscheidung trifft. Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse soll sich auf die Festlegung von allgemeinen Grundsätzen beschränken. Eine Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten der Unternehmungen wurde abgelehnt. Die Aufsichtspflicht des Arbeitgebers soll nur in Ansehung der Arbeitsverhältnisse bestehen und nur insofern, als sie zur Erfüllung der dem Betriebsrat abgelehnter Aufgaben erforderlich ist und nicht Betriebsrat oder Geschäftsgemeinschaft durch sie geschädigt würden. Durch Verlängerung der Wahlperiode des Mitgliedes des Betriebsrats und des Betriebsratsmanns auf zwei Jahre, durch Änderung der Bestimmungen über das Ersitzen der Mitgliedschaft im Betriebsrat, über dessen Auflösung und Rücktritt sowie über die Zusammenlegung der Betriebsratsversammlung wünscht der Ausschuss der neuen Einrichtungen eine größere Stabilität zu verschaffen und sie von vorübergehenden Strömungen und Stimmungen in der Arbeiterschaft unabhängig zu machen, auch sie dem Einfluß der nichtwahlberechtigten Personen zu entziehen. Die Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht wurden auf 20 und 24 Jahre heraufgesetzt. Für die Ausstattung und Durchführung der Organisation wurde hinsichtlich einer Reihe von Einzelheiten über die Bestimmungen des Entwurfs hinaus ein Zustimmungsgesetz des Arbeitgebers gefordert.

Mittlerer weiterer Madonnen-Truppen.  
Wien, 27. Aug. Nach einer Meldung des Wiener Telegraphen-Bureaus ist heute früh ein neuer Transport der Madonnenarmee von 1300 Mann hier eingetroffen.